

MENSCHENRECHTE SIND UNTEILBAR – AUCH WÄHREND DER OLYMPISCHEN SPIELE

*Rede von Volker Ratzmann zur geplanten Wowereit Reise nach Tibet
Plenarsitzung 10.04.2008 Abgeordnetenhaus von Berlin*

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Menschenrechte gelten überall, immer und für jeden auch in China und auch und gerade während der Olympischen Spiele. Verletzungen dürfen wir nicht tolerieren. China hat das Versprechen abgegeben, die Menschenrechtslage in China zu verbessern. Das IOC hat die Spiele nach Peking gegeben unter der Prämisse dieses Versprechens gegeben.

Dieses Versprechen ist bis jetzt nicht eingehalten.

Menschenrechtsverstöße sind auf der Tagesordnung
gegen die tibetische Bevölkerung,
gegen die muslimischen Bevölkerung,
gegen die Falun Gong Gemeinschaft,
gegen politische Dissidentinnen und Dissidenten und die Opposition unter der
Landbevölkerung und armen Arbeiterinnen und Arbeitern.

Die versprochene Lockerung der Zensur der Presse gilt nur temporär und vorrangig für ausländische Pressevertreterinnen und -vertreter.

Chinesischen Gesprächspartnerinnen und -partnern werden immer wieder nach den Interviews drangsaliert oder verhaftet.

Hu Jia, der 2007 vom europäischen Parlament für den Sakharov-Preis nominiert wurde, ist im Januar nach einer Videokonferenz mit dem europäischen Parlament festgenommen und am 03. April 2008 wegen Aufruf zur Untergrabung der Staatsgewalt zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden.

Der chinesische Menschenrechtler Yang Chunlin wurde am 25. März 2008 zu 5 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er eine Petition mit der Forderung „Wir wollen Menschenrechte und keine Olympischen Spiele“ verfasste.

Wer sich angesichts dieser Situation hinter der politischen Neutralität des Sports versteckt will die politische Bedeutung der Spiele nicht sehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie wieder einmal als Fassade für Toleranz und falsche Anerkennung missbraucht werden. Es ist und bleibt nach wie vor unsere Aufgabe auf diese Situation in China hinzuweisen, die Geltung der Menschenrecht einzuklagen auch im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen.

Und wer, wenn nicht wir in dieser Stadt, deren Einwohner solange unter Menschenrechtsverletzungen gelitten haben, die nur mit internationaler Solidarität überleben konnte, sind aufgefordert für die universelle Geltung der Menschenrechte einzutreten und Zeichen zu setzen, dafür, dass wir uns nicht mit bloßen Versprechungen abspeisen lassen.

Wir fordern China auf, die Verhafteten freizulassen, die Drangsalierungen einzustellen, sonst kann kein politischer Repräsentant des Landes an Veranstaltungen der Olympischen Spiele teilnehmen.

Wir halten nichts von einem Boykott der Spiele. Im Gegenteil: Die SportlerInnen müssen in dieses Land fahren als Botschafter für die Menschenrechte. Das heißt aber auch, dass das NOC den deutschen Athleten Rückendeckung geben muss, wenn sie im Umfeld der Spiele aktiv werden wollen, um für die Einhaltung der Menschenrechte zu werben.

Und sie brauchen die Rückendeckung der Politik, die sich nicht wohlfeil an Sektempfängen und Büffets rumtreibt, während draußen das offene Wort eines Chinesen zu Verhaftung und Schlimmeren führt. Diese Stadt wird es verkraften, wenn ihre Sportfunktionäre angesichts dieser Situation nicht am Glanz und Glamour teilnehmen – im Gegenteil: es wird uns nutzen.

Es war instinktiv, dass ausgerechnet der Präsident dieses Hauses im Vorfeld das politische Plazit von SPD und PDS geholt hat, in offizieller Mission nach Peking reisen zu dürfen. Ich erinnere mich noch daran, dass die Bürgermeisterin Christine Bergmann dem chinesischen Regierungschef Li Peng anlässlich eines Staatsbesuches so die Meinung gesagt hat, dass dieser aufgestanden ist und ein Dinner verlassen hat. Soviel Rückrat sucht man in der Berliner SPD heute vergeblich.

Und die PDS – die Partei der Duckmäuser und Sprücheklopfer – macht wieder mal alles mit. Wo gibt es eigentlich bei ihnen noch Prinzipien. Ihre Enthaltung ist fast schlimmer als das offene Gebuhle der SPD um eine Platz im Scheinwerferlicht. Nach den Entgleisungen ihrer Genossin in Hamburg sollten wenigstens sie in der Hauptstadt eine klare Haltung erkennen lassen.

Wir wollen, dass Berlin ein klares Zeichen setzt, mit der Beflaggung im Juni und einer klaren Absage der Repräsentanten des Landes an offiziellen Veranstaltungen der Olympischen Spiele in China, solange die Menschenrechtsslage sich nicht gebessert hat.

Ein Zeichen

für die Menschenrechte

für Tibet

und für die Sportler und Sportlerinnen, die den Mut haben werden die Situation in China offen anzusprechen.